

Beschluss des Landrats vom 06.06.2019

Nr. 2651

13. Eingabe der JUSO BL vom 13. Februar 2019: Klimanotstand 2019/162; Protokoll: ps, ble

Kommissionspräsident **Georges Thüring** (SVP) erklärt, die Juso Baselland habe im Februar 2019 eine Eingabe beim Landrat gemacht, die die Ausrufung des Klimanotstands und die sofortige Umsetzung von fünf Massnahmen verlangt. Die fünf Massnahmen sind: autofreie Sonntage, vegane Ernährung an öffentlichen Institutionen, Gratis-ÖV, 25-Stunden-Woche und ein Desinvestment. Am 30. April 2019 wurden Vertreter und Vertreterinnen der Petenten in der Petitionskommission angehört. Seitens Verwaltung wurde niemand eingeladen, da die Stellungnahme des Regierungsrats sehr ausführlich war.

Zur Forderung nach autofreien Sonntagen: Ein auf allen Strassen geltendes Fahrverbot könnte nur der Bund anordnen. Die Rechtsgrundlage für eine Anordnung von kantonalen autofreien Sonntagen fehlt. Zudem wäre die Sperrung von Kantonsstrassen weder zweckmässig noch praxistauglich.

Zur veganen Ernährung in öffentlichen Institutionen ist der Regierungsrat der Meinung, dass staatliche Verbote einen schwerwiegenden Eingriff in die Selbstbestimmung der Bevölkerung darstellen. Der Kanton trage mit möglichst guten Informationen dazu bei, dass die Bevölkerung bewusst und informiert entscheiden kann, wie sie sich ernähren will. Sofern vegane Lebensmittel nicht aus grosser Entfernung angeliefert werden, trägt eine vegane Ernährung tendenziell zur Entlastung der Umwelt bei. Trotzdem sei eine Ernährung aus nachhaltig produzierten pflanzlichen und tierischen Produkten aus der Region anzustreben, da eine vegane Ernährung gesundheitlich nur bedingt empfehlenswert ist. Der Regierungsrat unterstützt die Bemühungen, in öffentlichen Institutionen regelmässig ausgewogene vegetarische Alternativen anzubieten.

Der Regierungsrat will auch die Forderung nach Gratis-ÖV nicht erfüllen. Erfahrungen aus anderen Städten und Ländern zeigen, dass damit nur marginale Umlagerungen vom motorisierten Individualverkehr zum ÖV stattfinden. Um den motorisierten Verkehr zu reduzieren, müssten weitere Massnahmen ergriffen werden. Gratisfahrten im TNW-Gebiet oder ein Gratis-ÖV-Abonnement für die Einwohnerinnen und Einwohner könnten angeboten werden. Die erste Lösung würde den Kanton jährlich rund CHF 210 Mio. kosten, Tendenz steigend. Die Kosten für die zweite Lösung sind schwer abzuschätzen. Der Regierungsrat will sich mit Verbesserungen im ÖV für die Reduktion des motorisierten Verkehrs einsetzen. Der Preis alleine ist für viele Leute nicht ausschlaggebend. Zur 25-Stunden-Woche hält der Regierungsrat fest, dass er keine direkte Verbindung zwischen der Reduktion der Arbeitszeit und derjenigen der Erderwärmung sehe. Dies könnte auch volkswirtschaftliche Folgen haben, weil allenfalls ein Mindesteinkommen garantiert werden müsste.

Zum Desinvestment äussert sich der Regierungsrat wie folgt: Es gehöre zur Kernaufgabe jeder Vorsorgeeinrichtung, sich auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit auszurichten. Auch Klimarisiken werden im Zusammenhang mit der Anlagestrategie berücksichtigt. Die entsprechende Analyse bei der BLPK wird vom Verwaltungsrat vorgenommen. Das Leitbild wird aktuell überarbeitet.

Abschliessend hält der Regierungsrat fest, dass das neue kantonale Energiegesetz per 1.1.2017 in Kraft gesetzt wurde und Sparziele für den Energieverbrauch bis 2050 und Ziele für den Mindestanteil an erneuerbaren Energien bis 2030 festlegt. Die Zielerreichung wird periodisch überprüft und, wenn nötig, würden weitere Massnahmen vorgeschlagen. Die Zielvorgaben sind im schweizerweiten Vergleich sehr fortschrittlich

Die Vertreterin der Petenten, die JUSO-Präsidentin Anna Holm, nahm die Antwort des Regierungsrats mit Erstaunen zur Kenntnis. Da der Klimawandel nicht mehr länger ignoriert werden

könne, müsse man lokal handeln und Verantwortung übernehmen. Mit den Forderungen der Petition soll ein gesamtheitliches Umdenken in der Gesellschaft erreicht werden. Eine reine «Pflästerpolitik» könne man sich heute nicht mehr leisten. Die Petenten hoffen, dass sich eine Mehrheit des Landrats auf ihre Forderungen einlassen wird. Diese sind nicht unrealistisch, hätten aber eine Reihe von Massnahmen zur Folge, die zu einer fundamentalen Veränderung der Gesellschaft führen würden. Es sei schade, dass der Regierungsrat den Denkanstoss nicht aufgenommen habe. Die Mitglieder der Petitionskommission haben von den Anliegen der Petentinnen und Petenten Kenntnis genommen und konnten die Forderungen zum Teil nachvollziehen. Trotz der fundierten Begründung seitens Regierungsrats hätte sich eine Mehrheit der Kommission gewünscht, dass man den Anliegen gegenüber offen ist und Lösungsansätze anstrebt. Deshalb beantragt die Petitionskommission mit 43 Stimmen, die Petition als Postulat zu überweisen. Der Regierungsrat soll aufzeigen, wie einzelne Massnahmen allenfalls umgesetzt werden können.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) betont, es gebe heute noch keinen Klimanotstand. Ein Klimawandel findet bereits seit Millionen von Jahren statt. Die Wissenschaft kann dies aufzeigen: Es gab langanhaltende Hitze und Kälteperioden, und das wird auch in Zukunft so weitergehen. In der Schweiz gab es nicht immer Schneeberge und Gletscher, sondern sogar ein Meer, weil es wesentlich wärmer war als jetzt. Die Aufgabe ist, mit den neuen Situationen umzugehen. Vielen ist nicht bekannt, was es bedeutet, einen Notstand auszurufen. Wäre das der Fall, hätte der Regierungsrat die Kompetenz, Massnahmen anzuordnen, die direkt ohne Einsprachen umzusetzen sind. Dazu hätte der Landrat auch nichts mehr zu sagen. Das würde bei vielen Leuten nicht so gut ankommen.

Die Antwort des Regierungsrats begründet die einzelnen Forderungen klar und abschliessend. Es werden keine neuen Erkenntnisse resultieren, wenn die Petition als Postulat überwiesen würde. Deshalb nimmt die SVP-Fraktion die vorliegende Petition zur Kenntnis, bedankt sich für die kompetente Stellungnahme des Regierungsrats und wird dem Postulat nicht zustimmen.

Sandra Strüby-Schaub (SP) hält fest, die Klimakatastrophe sei nicht von der Hand zu weisen. Hitzesommer, Dürreperiode, Gletscherschmelze, aussterbende Pflanzen und Tiere sind allgegenwärtig. Die Jugend, und auch ältere Menschen, gehen auf die Strasse, um die Anliegen zu unterstützen. Es kann nicht länger ignoriert werden, was geschieht. Es muss gehandelt werden. Die SP-Fraktion spricht sich dafür aus, dass die Punkte in der Eingabe der JUSO mit einer offenen und nicht einer grundsätzlich ablehnenden Haltung geprüft werden sollen. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, der Kanton sei nicht alleine zuständig und könne beispielweise keine autofreien Sonntage anordnen. Im Gegenzug sagt der Bund, er könne das auch nicht tun, weil er den Kantonen und Gemeinden nichts vorschreiben könne. Jemand muss handeln. Statt auf die anderen zu warten, sollte der Landrat etwas tun und die Petition als Postulat überweisen.

Rolf Blatter (FDP) erklärt, das Ganze sei in der FDP-Fraktion kurz besprochen worden. Seit der letzten Diskussion, die vor sechs Wochen stattfand, gibt es keine neuen inhaltlichen Argumente. Die FDP-Fraktion stellt sich geschlossen hinter die Kenntnisnahme der Petition.

Priska Jaberg (EVP) sagt, der Klimanotstand sei ein weltweites Problem, das nicht weggeredet werden könne. Es ist an der Zeit, lokal zu handeln und Verantwortung zu übernehmen, um auch der nächsten Generation eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Die Fraktion EVP/Grüne spricht sich klar für die Annahme als Postulat aus.

Markus Dudler (CVP) sagt, die CVP/BDP-Fraktion anerkenne den Klimanotstand. Ideen und Vorstösse zur Lösung der verschiedenen Probleme werden begrüsst. Die in der Petition geforderten Massnahmen sind jedoch in dieser Form nicht zielführend. Deshalb erscheint es nicht sinnvoll, die

Petition als Postulat zu überweisen. Dies gäbe dem Regierungsrat höchstens die Möglichkeit, in den verschiedenen Bereichen Massnahmen zur CO₂-Reduktion aufzuzeigen. Die Vorschläge der JUSO hätten ein Mindestmass an Deckung mit den Vorstellungen der Fraktion aufweisen müssen.

Jürg Wiedemann (GU) hält fest, dass er gewisse Forderungen auch nicht einordnen könne. Eine 25-Stunden-Woche bedeutet, dass nur noch fünf mal fünf Stunden gearbeitet werden muss. Der Kanton Basel-Landschaft hat auch nicht das Recht, eine Bundesstrasse zu sperren. Das weiss die JUSO, denn sie hat sich dabei viel überlegt. Die Petition hat wiederholt zu Diskussionen geführt. Die Petitionskommission hat ebenfalls sehr lange über die Petition diskutiert. Sie empfiehlt, diese als Postulat zu überweisen. Dabei geht es nicht darum, dass der Regierungsrat die Forderungen nochmals eins zu eins prüft. Das Postulat wurde dahingehend ergänzt, dass der Regierungsrat prüfen soll, ob die Punkte Elemente enthalten, die umsetzbar sind. Als Beispiele: Im Tessin sind Busse für Touristen gratis. Es gibt viele kleine Elemente, die realisiert werden könnten. Der Regierungsrat hat es sich etwas einfach gemacht, die fünf Ziele wörtlich genommen und gesagt, dies sei nicht möglich. Der Wunsch ist, dass der Regierungsrat noch etwas weiter überlegt, ob der Kanton Basel-Landschaft gewisse Elemente realisieren kann. Der Auftrag ist, weitergehende Überlegungen anzustellen. Die Fraktion glp/GU ist geteilter Meinung.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) begrüsst die Klasse 5c der Primarschule Sissach auf der Tribüne.

Oskar Kämpfer (SVP) verwehrt sich gegen die Äusserungen, dass sich die SVP-Fraktion gegen den Klimawandel stelle. Die Fraktion will etwas dagegen unternehmen. Dass ein Klimawandel stattfindet und dieser bedrohlich ist, ist klar. Es braucht eine Zukunft für die Kinder. Aber diese müssen auch wirtschaftlich ein Auskommen haben. Es braucht solche Lösungen. Der Regierungsrat hat klar Stellung genommen. Für den Redner ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Regierungsrat nochmals überlegen soll, was er noch leisten kann. Der SVP-Fraktion ist bewusst, was der Klimawandel für die Landwirtschaft bedeutet. Die Zielrichtung ist jedoch eine andere: Es soll etwas verändert werden, aber die Zukunft soll lebenswert sein. Es soll nicht nur die Umwelt berücksichtigt werden, sondern auch die Wirtschaft.

Marc Schinzel (FDP) ist überrascht, dass die Forderungen als Postulat überwiesen werden sollen. Bei den Anträgen geht es nicht ums Klima, sondern um einen Systemwechsel. Es sind alte Forderungen der JUSO, wie etwa die 25-Stunden-Woche, die immer wieder kommt, nun einfach unter dem Titel Klimarettung. Das ist sozialistischer Unsinn. Es ist Aufgabe des Regierungsrats zu prüfen, was allenfalls umgesetzt werden könnte. Was ist an der Einführung der 25-Stunden-Woche lokal gehandelt? Dann wäre Basel-Landschaft eine Insel, und die Leute fliegen mit Easyjet weg. Der Redner versteht nicht, weshalb die SP als staatstragende Partei solche Forderungen stellt. Der Redner sieht nicht ein, weshalb der Regierungsrat diese Forderungen nochmals prüfen soll.

Matthias Häuptli (glp) spricht für die Minderheit der glp/GU-Fraktion und erklärt, auch der ÖV brauche Ressourcen. Die 25-Stunden-Woche erscheint grotesk. Es sind die alten Forderungen nach dem sozialistischen und nun auch noch veganen Schlaraffenland. Wird das unter dem Titel «Klimaschutz» an den Regierungsrat überwiesen, wird das Thema selber diskreditiert.

Linard Candreia (SP) vermutet, dass dem Vorredner Marc Schinzel der Inhalt nicht passe, weshalb nun die Form kritisiert werde. Es gibt nur ein Thema – das Klima, und da muss man dran bleiben. Im Nachbarkanton Deutschland, insbesondere in Baden-Württemberg, wird das Thema stark diskutiert und steht zuoberst auf der politischen Agenda. Weshalb soll die Baselbieter Regie-

nung nicht dranbleiben? Ansonsten gerät das Ganze in Vergessenheit. Man kann auch dazu lernen. Ein Postulat ist ein gutes Instrument und die logische Folge aus der Petition. Man bleibt dran.

Priska Jaberg (EVP) bemerkt, vor einigen Wochen sei nach Lösungsvorschlägen gerufen worden. Nun liegen diese vor. Sie sind zum Teil provokativ, aber dies braucht es manchmal, damit etwas in Bewegung gerät. Die FDP-Fraktion braucht sehr wenig Zeit, um dieses Geschäft zu diskutieren, und gewisse Mitglieder der SVP-Fraktion reden den Klimanotstand weg. Der Rednerin tun die jungen Menschen leid, die sich einsetzen und etwas für die Zukunft tun wollen.

Jan Kirchmayr (SP) hat leider noch keine autofreien Sonntage erlebt, würde aber gerne einen solchen erleben. In den 70er Jahren hat dies auch funktioniert. Gewisse Landräte wollen einem ja ins letzte Jahrhundert zurückkatapultieren, weshalb auch dies ausprobiert werden könnte. Die Klimaschwankungen wurden mit der Zeit vor 200 Millionen Jahren verglichen. Das erscheint dem Redner sehr problematisch, angesichts der Tatsache, dass 97,7 % der Wissenschaft den vom Menschen gemachten Klimawandel akzeptieren und auch ersichtlich ist, wie viel CO₂ emittiert wird. Der Finanzplatz Schweiz verursacht 22 Mal mehr Emissionen als die Schweiz selber. Die Schweiz sei klein und spiele keine Rolle – das ist angesichts dieser Tatsache nicht so. Mit dem Klima ist kein Kompromiss möglich, weil die Zeit davonläuft. Tut man nichts, führt dies zu irreversiblen Schäden.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) spricht vom Klimawandel und nicht von Notstand. Die Forderungen der JUSO haben nur das Ziel, zu provozieren. Es handelt sich um typische Wohlstandsforderungen: Man sitzt im warmen Nest und stellt Forderungen. Die Erwachsenen haben die Pflicht, aufzuklären, worum es geht. Der Landrat tut an jeder Sitzung vernünftigerweise etwas. Er hat bereits viel für das Klima getan. Mit den Forderungen kann der Wohlstand einpacken. Es würde nichts mehr funktionieren. Ist allen klar, was autofreie Sonntage für die Hotellerie und die Infrastruktur in den Bergen heissen? Ein vernünftiger Mensch kann diese Petition nicht überweisen.

Hanspeter Weibel (SVP) ist nicht sicher, ob die Klimadebatte nicht wiederholt werde, die es bereits einmal gegeben habe. Der Redner hat die autofreien Sonntage erlebt und sich gewünscht, dass er erlebt, wie sich die katastrophalen Prophezeiungen zum Waldsterben erfüllen. Wären alle Prophezeiungen eingetroffen, gäbe es kein Öl und Benzin mehr. Der Redner möchte in 20 Jahren nochmals auf die heutige Diskussion zurückschauen. Es gibt eine Statistik, die für alle nachvollziehbar ist. Es gibt Optimisten und Pessimisten auf dieser Welt. Viele Leute haben in der Vergangenheit den Weltuntergang prophezeit. Keiner hat Recht erhalten. In der Regel erhielten die Optimisten durch die Geschichte recht. Im Zusammenhang mit den autofreien Sonntagen wurden die Fahrten einfach verschoben – es gab nicht weniger. Das lag in der Bundeskompetenz und war möglich.

Sollte wider Erwarten die Petition als Postulat überwiesen werden, stellt der Redner den Antrag, das Postulat abzuschreiben. Der Grundgedanke des Postulats, die Regierung solle prüfen und berichten, ist bereits erfüllt.

Markus Meier (SVP) meint, man könne, sollte würde – wichtig sei es, ein paar Zahlen auf den Tisch zu legen. Die Unternehmen haben von 1990–2015 den CO₂-Ausstoss um 17 % gesenkt, bei den Gebäuden wurde er um 26 % gesenkt, bezogen auf die Bevölkerung von damals gerechnet. Der Verkehr, inklusive ÖV, ist noch nicht ganz dort, wo er sein sollte, weil er um 4 % zulegt. Es gibt auch Leute, die etwas tun – Unternehmer, Wohneigentümer. Das Thema sollte nicht zerredet werden. Es gibt eine Speditionsfirma, auf deren Lastwagen steht «mir tüe liefere, nid lafere». Deshalb beantragt der Redner, die Rednerliste zu schliessen.

://: Der Landrat stimmt dem Ordnungsantrag auf Schliessung der Rednerliste mit 42:30 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Paul Wenger (SVP) bittet um Aufklärung: Eine 25-Stunden-Woche ergibt fünf Stunden Arbeit pro Tag. Der Tag hat 24 Stunden, da verbleiben 19 Stunden Lebenszeit pro Tag. Schläft man da länger, gibt es weniger Geld oder ist ein Mindestlohn eingebaut? Was tut der Mensch mit der Zeit, während er nicht arbeitet? Der Redner würde verblöden und müsste zum Psychiater gehen, wenn er während 19 Stunden nichts zu tun hätte.

Hansruedi Wirz (SVP) erzählt ein Mütterchen. Der Regierungsrat muss liefern, wurde gesagt. Wenn man etwas tun will, müssen dies alle tun. An der letzten Sitzung wurde vier Stunden über den Klimanotstand diskutiert. Der Redner darf für die Zwischenverpflegung dem Landrat seit Jahren Äpfel bringen. Es scheint, als wäre der Konsum etwas gestiegen – gegenüber dem allgemeinen Trend, dort ist er rückläufig. Die Avocados nehmen zu, obwohl bekannt ist, dass deren Wasserbilanz schlecht ist. Nach der letzten Debatte lag ein Apfel neben der Kiste, weil er ein Loch hatte, wegen des Stiels eines anderen Apfels. Er war nicht faul oder hässlich, wurde aber danebengelegt. Diese Haltung herrscht vor. Der Redner liefert seit Jahrzehnten Schuläpfel. Eine Schule schrieb, sie wollten Äpfel bestellen, aber keine verhägelten, keine mehligten und keine unschönen. Der Redner liefert Erstklasse-Äpfel, und mehlig werden diese, wenn sie in überheizten Schulräumen stehen.

Jacqueline Bader (FDP) hat das Thema jeden Tag auf dem Tisch. Dabei sei ihr ein Wort besonders wichtig: Eigenverantwortung. Mit Papierproduzieren hat man keinen Baum gerettet und kein Tier und kein CO₂ vermindert. Im Gegenteil, man hat mit der Papierproduktion CO₂ produziert und Bäume dafür gefällt. Auch die Jungen müssen damit anfangen, Eigenverantwortung zu tragen, was beim Handy beginnt, bei den «Klamotten», die dieses Jahr toll sind und nächstes oder schon in einem halben Jahr nicht mehr. Man hat am laufenden Band das Neueste und möchte das Mami-Taxi am liebsten zu jeder Party haben. Aber die hier gestellten Forderungen sind einfach absurd und nicht umsetzbar. Über gemässigtere Forderungen hätte man allenfalls noch reden können, aber das ist einfach jenseits von Gut und Böse. Es gibt nur eins: Eigenverantwortung, angefangen bei den Unternehmungen, bis hinunter zu den Kindern.

Rolf Richterich (FDP) erscheint der Forderungskatalog der Jusos wie ein Lebensbericht aus dem Paradies mit Adam und Eva – und die Petenten wünschen sich wohl einfach das Paradies zurück, seien aber leider ein paar tausend Jahre zu spät geboren, merken es erst jetzt und möchten etwas ändern. Diese Geschichte ist leider «abgefahren», und auf den Zug zurück ins Paradies kann man nicht mehr aufspringen.

Notabene: Bei den vier autofreien Sonntagen, die der Redner – ungleich Jan Kirchmayr – glücklicherweise erleben durfte, konnte man mit dem Velo auf den Strassen herum «huntern» und musste nur aufpassen, dass man nicht einen Traktor oder ein Krankenauto erwischte. Der Hintergrund damals war allerdings ein anderer. Es war die Zeit der Erdölkrise und man hatte Angst, weil man glaubte, zu wenig Erdöl und Benzin zu haben.

Dann starben in den 1980er Jahren irgendwo Bäume aufgrund der schlechten Luft, woraufhin auch in der Schweiz «wahnsinnige» Massnahmen getroffen wurden und eine Temporeduktion erfolgte – auf den Autobahnen und den Ausserortsstrassen. Und schliesslich stellte man nach fünf oder zehn Jahren fest, dass es doch kein Waldsterben gibt und kein direkter Zusammenhang besteht. Aber die Massnahmen sind geblieben, auch heute gelten auf der Autobahn Tempo 120 und Tempo 80 auf den Hauptstrassen ausserorts. Man macht einfach weiter, als wenn nichts wäre. Die Begründung ist schon längst nicht mehr gültig. Das wird auch mit der hier diskutierten Angelegenheit nicht anders sein. Und wenn Jan Kirchmayr jetzt die 25-Stundenwoche will: Gibt es in Frank-

reich auch einen Klimanotstand, oder etwas weniger davon, da Frankreich die 35-Stundenwoche hat?

In dem Wunschkatalog fehlt zudem eine wichtige Massnahme: das bedingungslose Grundeinkommen. Damit würde sich dann auch die 25-Stunden-Woche erübrigen, und man könnte gleich auf null Stunden reduzieren. Das Geld würde auf einem speziellen Geldbaum, der noch zu erfinden wäre, wachsen. Man führt hier eine lächerliche Diskussion über Inhalte, die gar keine sind, weil es sich um irgendwelche «Hirngespinnste» aus irgendwelchen «Mottenkisten der Juso» handelt. Und jetzt springen sie auf einen anderen Zug auf, weil es halbwegs passt. Der Redner ist froh, wenn das Postulat nicht überwiesen wird.

Lucia Mikeler (SP) hat die autofreien Sonntage in den 1970er Jahren auch erlebt und sie sehr genossen. Die Rednerin war damals ein Kind und man konnte sich an diesen Tagen frei bewegen. Nur lief die Aktion nicht unter dem Thema Umweltschutz, sondern es ging dort – wie ihr Vorredner richtig gesagt hat – darum, Benzin und Öl zu sparen, damit die Autos weiterfahren können. Die Juso wollen heute etwas ganz anderes damit, nämlich die Umwelt schonen. Zudem geht es um ein Prüfen und Berichten. Es ist ein ganz legales Recht der jungen Leute, dies zu fordern. Man nimmt dazu Stellung, und es wäre ein gutes Zeichen für den Kanton, die Forderung aufzunehmen.

«Man macht einfach weiter, als wenn nichts wäre», zitiert **Stephan Ackermann** (Grüne) Rolf Richterich. Aber es ist eben «etwas» im Gang, und man sollte darauf reagieren. Über dieses Etwas darf und soll sich der Landrat streiten. Der Redner hat Glück, denn er hat jeden Sonntag autofrei, und nicht nur am Sonntag, sondern auch am Montag, Dienstag und die ganze Woche. Es liegt an jedem Einzelnen, wie man leben will. Probieren wir es! Es ist nicht immer möglich, aber oft. Und hier setzt die Eigenverantwortung, die vorhin angesprochen wurde, ein. Wenn man nicht weiss, was man mit 19 Stunden am Tag machen soll ausser Arbeiten, hätte der Redner noch ein paar Ideen. Man kann sich beispielsweise politisch oder im Sozialbereich engagieren oder viele andere, tolle und wertvolle Dinge tun, auch neben der Arbeit. Jeder und jede ist herzlich dazu eingeladen. Es wurde gesagt, hier liege eine Provokation vor. Alle Anwesenden, die Kinder haben oder die sich an ihre eigene Kindheit erinnern, wissen, dass man als Kind nonstop provoziert hat. Das ist etwas Wertvolles und Wichtiges. Und wenn sich der Landrat selbst ein wenig zuhört, so erkennt er, dass auch hier sehr oft provoziert wird. Es ist zu hoffen, dass es sich dabei oft um bewusste Provokationen der einen und der andern Seite handelt und nicht nur um festgefahrene Überzeugungen. Am Vormittag war von der anderen Seite oft zu hören, man betreibe KMU-Bashing. Aber was betreibt dieselbe Seite nun? Jugend-Bashing.

[Einwurf von rechts: Stimmt nicht!] – Es stimmt nicht? Also stimmt es auch nicht, dass die Linke KMU-Bashing gemacht hat. Und schon stellt sich wieder die Frage, wie mit Provokationen umzugehen ist, und wohin sie führen können.

Schon mehrmals hat der Redner betont, dass sich alle die Hand reichen und den Weg gemeinsam gehen sollten. Denn dass etwas unternommen werden muss, geht aus den meisten Voten hervor. Man sollte von den Provokationen wegkommen. Es müssen Lösungen zusammen mit den KMU gefunden werden, die viel Wertvolles leisten. Auch Angestellte leisten Wertvolles. Man soll die Gelegenheiten nutzen und gemeinsam Lösungen suchen. Das kleinere Gremium Petitionskommission kam nach entsprechender Debatte zum Schluss, die Petition als Postulat zu überweisen. Man hat einen Konsens gefunden, eine Mehrheit. Der Landrat ist aufgerufen, der Kommission zu folgen und es ihr gleich zu tun.

Pia Fankhauser (SP) bittet ihre Landratskolleginnen und -kollegen, ein bisschen weniger persönlich zu werden und weniger einzuteilen, wer ein «gutes Nest» hat und wer jung ist und etwas sagen darf und wer nicht etc. Der Landrat ist das Parlament und redet als solches. Und es stünde dem Parlament gut an, seine Aufgabe, nämlich das Volk zu vertreten, sich wieder vermehrt be-

wusst zu machen, und das Postulat zu überweisen. Es ist immer heikel, persönliche Einschätzungen darüber zu machen, wer warum eine Ahnung hat und wer keine. Wer die Kompetenzen anderer bewertet, stellt seine Person automatisch über die der andern.

An Hansruedi Wirz: Es findet bereits ein Wechsel von Avocados zu Stangensellerie statt. Neuerdings geht der Stangensellerie aus, weil alle zum Frühstück Stangenselleriesaft trinken wollen. Zudem hat auch das E-Bike Eingang in der Bevölkerung gefunden. Es gibt das Pick-e-Bike. Es ist also etwas im Gange. Warum sollen sich nicht auch die Arbeitszeitmodelle entwickeln? Der Landrat zählt ja nicht zur Sollarbeitszeit (dies an Paul Wenger). Als Landrat oder Landrätin hat man also immer noch Aufgaben zusätzlich zu den 25 Stunden. Man darf sich auch um andere kümmern und ehrenamtliche Arbeit leisten etc. Pia Fankhauser bittet um Überweisung an die Regierung, um dieser die Chance zu geben, ihre eigenen Überlegungen einzubringen.

Für **Marc Schinzel** (FDP) kann nicht unbedingt von Provokation gesprochen werden. Man rede über etwas, das als Petition eingebracht worden sei. Eine Provokation wäre etwas, das völlig neu ist. Das, was in der Petition steht, bekommt man aber schon seit etwa zwanzig Jahren von den Jusos zu hören. Zur 25-Stunden-Woche: Das heutige Vollzeitpensum umfasst 28 Unterrichtslektionen. Das variiert leicht bei Sek und Primarschule. Aber darin sind noch nicht einmal Vor- und Nachbereitung eingeschlossen. Bei einer 1:1-Umsetzung hätten die Lehrpersonen allein schon Mühe, den Unterricht abzudecken, selbst wenn sie Teilzeit arbeiten. In der EU und EFTA betragen die Arbeitszeiten heute durchschnittlich zwischen 42,5 (Schweiz) bis knapp 38 Stunden (Kroatien) pro Woche. Würde man auf 25 zurückgehen, wäre die Schweiz eine echte Insel. Das ist nicht der gute Weg.

Wie kommt man wirklich weiter? Wenn man über die Parteien hinweg über konkrete Massnahmen diskutiert, ohne dass sich irgendjemand zum Fenster hinaus lehnen und sich so profilieren muss. Das muss in der neuen Legislatur passieren. Debatten wie diejenige über diese Petition sind nicht fruchtbar. Fruchtbar ist, wenn man sich aus den Sesseln hinaus bewegt, zusammen spricht und dann auch Kompromisslösungen findet, die für alle tragbar sind.

Es sei reine Problembewirtschaftung, was hier erfolge, meint **Matthias Häuptli** (glp), und keine Problemlösung. Die Linke versucht zu provozieren, um den Lieblingsgegner SVP aus dem Busch zu klopfen. Und diese springen natürlich «übers Stöckli». Einzelne relativieren den Klimawandel. Will man wirklich etwas erreichen, so braucht es Mehrheiten. Will man etwa eine mehrheitsfähige CO₂-Abgabe, sollte man nicht mit solchen Sachen kommen, das macht die Leute «hässig», und sie wollen schliesslich vom ganzen Thema nichts mehr hören.

Auch **Regina Werthmüller** (parteilos) hat die autofreien Sonntage erlebt. Und im letzten Jahr hatte sie das Glück, ihre Tochter in Mexico City besuchen zu dürfen, eine 20-Millionenstadt. Tatsächlich hat es Mexiko City geschafft, 55 Strassenkilometer am ersten Sonntag im Monat zu sperren und frei zu schaufeln, so dass sich der Langsamverkehr während mindestens vier Stunden auf den – ansonsten dicht befahrenen – Strassen frei bewegen konnte. Es wurden gratis Velos und andere Fahrzeuge zur Verfügung gestellt. In Mexico City lebt man als Velofahrerin unter normalen Umständen im Verkehr sehr gefährlich, was in der Schweiz weniger der Fall ist aufgrund der guten Velowege. Aber was eine 20-Millionenstadt fertigbringt, das können wir noch lange.

Miriam Locher (SP) findet, das Vokabular in der aktuellen Debatte sei teilweise eines Parlaments unwürdig. Auch hat es lange Voten gegeben, an deren Ende der Wunsch zur Schliessung der Rednerliste geäussert wurde. Gewisse Personen redeten dann sogar zweimal. Das gehört sich nicht und lässt politischen Stil vermissen.

Es ist empörend, dass ein Anliegen hier von manchen ins Lächerliche gezogen wird, und tragisch, dass einzelne Dinge dafür heraus gepickt werden, während man andere Dinge völlig ignoriert.

Denn die Petition enthält auch Dinge, die durchaus gangbare Wege – auch für die rechte Ratsseite – aufzeigen würden. Der Finanzplatz und die Investitionen beispielsweise sind mit keinem Wort erwähnt worden. Es soll etwas vom Tisch gewischt werden, ohne dass man genau hingesehen hat.

Das Anliegen sollte ernst genommen werden und es sollte sachlich darüber diskutiert werden können, ohne dass man sich über die jungen Menschen lustig macht. Die Petition mag utopische Forderungen aufweisen. Aber diese Generation darf auch utopische Ideen haben und einbringen. Die Kommission beantragt, das Anliegen als Postulat zu überweisen, und es wäre nur angemessen, wenn der Gesamtlandrat dem Antrag zustimmt. Es geht darum, die Ideen des Postulats zu prüfen und darüber zu berichten. Es soll der Regierung überlassen werden, welche Forderungen sie für machbar hält und welche nicht. Die Petition ist als Postulat zu überweisen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) findet es gut, dass die Emotionen auf beiden Seiten hoch gehen. Es zeigt das Interesse an der Angelegenheit und den Willen, das Problem einer Lösung zuzuführen. Und es sind dieselben emotionalen Diskussionen, die in den 1980er Jahren unter dem Eindruck des Baumsterbens letztlich zum Handeln geführt haben. Damals ist tatsächlich einiges passiert. Hätte man nicht entschieden, den Schwefel aus den Treibstoffen zu entfernen, so wären die Prognosen bezüglich der Wälder tatsächlich eingetroffen.

Dass solche Diskussionen stattfinden können und sich dabei die machbaren, guten Vorschläge durchsetzen, ist der Wert einer freien Demokratie – im Unterschied zu China oder Nordkorea. Es braucht keine herabwürdigenden Statements gegenüber der einen oder anderen Seite. Die Jungen haben das Recht, ihre Sicht der Dinge einzubringen. Und solche gebüschelten Vorschläge sollten auf ihren Sinn und ihre Realisierbarkeit hin geprüft werden. Auch das ist Teil des Lösungsprozesses.

Ein wichtiger Punkt ist das bereits mehrmals erwähnte Thema Eigenverantwortung. Die Feststellung, dass Eigenverantwortung das Problem schon lösen werde, ist nachgewiesenermassen ein Trugschluss. Die heute vorhandene wissenschaftliche Evidenz in ihrer Gesamtheit zeigt auf, dass über die Eigenverantwortung hinaus gehandelt werden muss. Im Idealfall versucht man die Eigenverantwortung zu stärken, indem Anreize gesetzt werden. Nur im Notfall soll dirigistisch eingegriffen werden. Sollen die CO₂-Emissionen bis 2050 auf null reduziert werden – und das braucht es, wenn der Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts auf 2 ° begrenzt werden soll – so sind entsprechende Massnahmen bis ins Jahr 2030 nötig. Die umsetzbaren Lösungen, die so nahe als möglich ans Ziel zu gelangen versprechen, sind auf den Tisch zu legen. Der Landrat ist gut beraten, wenn er möglichst viele Vorschläge prüfen lässt, auch wenn sie utopisch sind. Auch in der Wissenschaft waren Utopien immer ein wesentlicher Treiber für Erfolg und Innovation. Dass der Absender dieser Innovationen für die andere Seite ein rotes Tuch ist, kann der Redner in gewisser Weise nachvollziehen, dann aber doch wieder nicht. Denn jeder, der mit utopischen Vorschlägen kommt, nimmt seine Verantwortung wahr, indem er etwas beiträgt zum Diskurs. Das Postulat soll überweisen werden, um es einer seriösen Prüfung und Debatte zuzuführen.

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** (FDP) unterstreicht, der Kommissionspräsident habe bereits erwähnt, dass man schon eine sehr ausführliche Stellungnahme zur Petition abgegeben habe. Das Postulat kann abgeschrieben werden, da die Antwort der Regierung schon vorliegt. Es erstaunt, dass in der Debatte immer wieder gesagt wird, der Kanton BL, ja die Regierung, mache nichts in Bezug auf den Klimawandel. Vor drei Jahren wurde das Baselsbieter Energiegesetz total revidiert und einstimmig verabschiedet; es ist seit 01.01.2016 in Kraft und enthält gute, griffige Instrumente für die Umstellung auf erneuerbare Energien sowie zum Stopp des Energie- und CO₂-Verbrauchs.

Wirklich ansetzen kann der Kanton bei der Gebäudesanierung. Und für diesen Zweck ist das Energiepaket das ideale und bewährte Instrument. Demnächst wird dem Landrat die entsprechen-

de Vorlage mit neuer Finanzierung zugeleitet. Damit werden Eigentümer bei der energetisch sinnvollen Sanierung ihrer Gebäude unterstützt, womit 40 % des CO₂-Ausstosses eingespart werden können. Jeder Liegenschaftsbesitzer kann hierzu etwas beitragen, und so sollte man weitermachen.

Im Bereich der Mobilität sind dem Regierungsrat die Hände weitgehend gebunden. Die eine Möglichkeit wurde ergriffen: Im Rahmen der Motorfahrzeugsteuer werden Autos mit energiearmen Antrieben bevorzugt. Je nach CO₂-Ausstoss ist für ein Auto eine höhere oder weniger hohe Fahrzeugsteuer zu entrichten. Das ist ein Anreiz, auf energiefreundlichere Fahrzeuge umzusteigen. Zu den formulierten Klimazielen: Die Vorschriften zu Neubauten von Liegenschaften halten fest, wie hoch der Anteil an erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch sein muss.

Im Richtplan wurden Standorte für Windenergieanlagen ausgeschieden. Die Umsetzung harzt allerdings aus diversen Gründen, was nicht an der Regierung liegt. Auch in Bezug auf den ÖV tut die Regierung, was sie kann, indem sie ihre Transportunternehmen unterstützt, wenn sie beim Antrieb auf umweltfreundliche Fahrzeuge umstellen, so z.B. die BLT und Autobus AG, welche zurzeit evaluieren, ob Elektrobusse eingesetzt werden können.

Die Umweltdirektorin bittet, die aufgeführten Anstrengungen der Regierung bei der nächsten Klimadebatte zu beherzigen und nicht wieder zu sagen, der Kanton Basel-Landschaft und die Regierung machen nichts.

://: Der Landrat lehnt eine Überweisung der Petition als Postulat mit 30:54 Stimmen ohne Enthaltungen ab.

://: Mit 68:12 Stimmen wird die Petition zur Kenntnis genommen.
